STEPHAN FESTNER

Interessenkonflikte im deutschen und englischen Vertretungsrecht

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 177

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

177

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Stephan Festner

Interessenkonflikte im deutschen und englischen Vertretungsrecht

Stephan Festner, geboren 1973; 1994–1999 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Regensburg; 1999–2001 Referendariat in Regensburg; 2001–2002 Magister Juris (Oxford); 2002–2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht; 2006 Promotion; zur Zeit Rechtsanwalt in Hamburg.

978-3-16-158430-5 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019 ISBN 3-16-149217-X

ISBN-13 978-3-16-149217-4

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2006 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Dem Andenken an meinen Vater

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2005 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Sie ist während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg entstanden. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von Mai 2005.

An erster Stelle danken möchte ich meinem Doktorvater, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann FBA FRSE, für die Anregung des Themas, die ausgezeichnete Betreuung der Dissertation sowie seine verständnisvolle Unterstützung während all der Jahre meiner Zugehörigkeit zu seinem Mitarbeiterkreis. Der Lehrstuhl bot mir hervorragende Arbeitsbedingungen an der Universität Regensburg und am Hamburger Institut, die das Vorhaben und die Anfertigung der Arbeit ebenso förderten wie der persönliche und fachliche Kontakt mit den jeweiligen Kollegen. Von diesen danke ich besonders Dr. Thomas Schindler für seine freundschaftliche Verbundenheit seit den ersten Tagen des Studiums.

Danken möchte ich auch Prof. Dr. Andreas Spickhoff für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ulrich Drobnig und Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Joachim Bonell für Ihre Bereitschaft, mit mir über die Interessenkonfliktregelungen in den von ihnen jeweils mitverfassten Rechtsvereinheitlichungsprojekten zu diskutieren. Dr. Phillip Hellwege unterzog das Manuskript einer gründlichen Korrekturdurchsicht und Frau Angelika Owen übernahm die elektronische Bearbeitung desselben; auch ihnen beiden sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Mein herzlichster Dank gebührt meiner Frau Rubina, die mich auf vielfältige und liebevolle Weise unterstützt hat. Sie gab mir die nötige Energie und Aufmunterung in der wechselvollen Zeit der Anfertigung der Dissertation. Ohne die vertrauensvolle Unterstützung meiner Eltern in allen Phasen meiner Ausbildung schließlich wäre die vorliegende Arbeit nie zustande gekommen. Sie ist daher dem Andenken an meinen Vater gewidmet.

Hamburg, im Oktober 2006

Stephan Festner

Inhaltsübersicht

Ab.	kürzungsverzeichnis	XIV
Α.	Einführung	1
	I. Ziel der Untersuchung	1
	II. Terminologische Klarstellungen	
	III. Inhaltliche Beschränkung der Untersuchung	
	IV. Gang der Untersuchung	
В.	Ausländisches, Internationales und Europäisches Recht	18
	I. Rechtsvergleichender Überblick	19
	II. Harmonisierung von Interessenkonfliktregelungen	
	III. Zwischenergebnis	
C.	Vergleich des deutschen und englischen Rechts	69
	I. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	69
	II. Interessenkonflikt durch Selbstkontrahieren	
	1. Formelles Selbstkontrahieren	106
	2. Materielles Selbstkontrahieren	182
	3. Außengeschäfte	203
	III. Interessenkonflikt durch treuwidriges Vertreterhandeln	210
	IV. Interessenkonflikt durch Mehrvertretung	249
D.	Gesamtergebnis	261
	I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	261
	II. Ein europäisches Regelungsmodell	
	III. Vergleich mit PECL, PICC und Avant-projet	
Lit	eraturverzeichnis	275
Sac	phyerzeichnis	283

Inhaltsverzeichnis

Ab	kürz	ungsverzeichnis	XIV
Α.	Ein	führung	1
	I.	Ziel der Untersuchung	
	II.	Terminologische Klarstellungen	
	11.	International inkongruente Terminologie	
		Definitionen nationaler Begriffe	
		a) Deutschland	
		b) England	
	III.	Inhaltliche Beschränkung der Untersuchung	
		Gang der Untersuchung	
B.	Aus	sländisches, Internationales und Europäisches Recht	18
	I.	Rechtsvergleichender Überblick	19
		1. Deutschland	
		2. Schweiz	21
		3. Österreich	23
		4. Frankreich	
		5. Italien	29
		6. Niederlande	31
		7. England	34
	II.	Harmonisierung von Interessenkonfliktregelungen	
		1. Vereinheitlichung des Internationalen Privatrechts	
		2. Angleichung des materiellen Rechts	
		a) Handelsvertreterrichtlinie	
		b) Publizitätsrichtlinie	42
		3. Schaffung eines materiellen Sonderrechts	45
		a) Aktueller Stand internationaler Vereinheitlichungs-	
		maßnahmen	
		b) Akademie Europäischer Privatrechtswissenschaftler	
		c) Kommission für Europäisches Vertragsrecht	52
		d) Internationales Institut für die Vereinheitlichung	
		des Privatrechts (UNIDROIT)	55
		aa) Übereinkommen über die Vertretung beim inter-	
		nationalen Warenkauf vom 17. Februar 1983	56
		bb) UNIDROIT-Grundregeln der internationalen	
		Handelsverträge	
	III.	Zwischenergebnis	64

C.	Ver	glei	ch des deutschen und englischen Rechts	69
	I.	Pe	rsönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	69
		1.	Adressaten der Regelungen	
			a) Rechtsgeschäftlich bestellte und gesetzliche Vertreter	70
			b) Handelsrechtliche Vertreter	74
			c) Organschaftliche Vertreter	
			d) Mittelbare "Vertreter"	
			e) Verwalter fremder Vermögen und Treuhänder	
			f) Prozessvertreter	
		2.	Erfasste Rechtsgeschäfte und Handlungen	
			a) Rechtsgeschäftliche und rechtsgeschäftsähnliche	
			Handlungen	95
			b) Bloße Tathandlungen und Dienstleistungen	
		3.	Zwischenergebnis	
	II.	Int	eressenkonflikt durch Selbstkontrahieren	
		1.	Formelles Selbstkontrahieren	
			a) Inhalt der Regelungen	
			aa) Tatbestand	
			bb) Einordnung und Abgrenzung	
			cc) Beweislast	
			dd) Rechtsfolgen bei Verstoß	
			ee) Zwischenergebnis	
			b) Fehlen eines Interessenkonflikts	
			aa) Erfüllung einer Verbindlichkeit	
			bb) Gestattung des Selbstabschlusses	
			cc) Alleingesellschafter und Geschäftsführer	
			einer GmbH	142
			dd) Unbedenkliche Geschäfte	
			ee) Fairness des Leistungsaustauschs	
			ff) Bestimmte Verkaufskonstellationen	
			gg) "Vertreter mit gebundener Marschroute"	
			hh) Fortwirkung der Verbotsregelungen	
			c) Zulässiges Selbstkontrahieren	
			d) Zwischenergebnis	
		2.	Materielles Selbstkontrahieren	
			a) Einschaltung eines weiteren Vertreters	
			aa) Untervertreter	
			bb) Eigenvertreter	
			b) Zwischenschaltung eines Strohmanns	
			aa) Natürliche Personen	
			bb) Juristische Personen und Gesellschaften	
			c) Zwischenergehnis	

		3. Außengeschäfte	203
		a) Interzession und Gestellung v	
		b) Sonstige eigennützige Geschä	
		c) Zwischenergebnis	
	III.	Interessenkonflikt durch treuwidriges	
		1. Abstraktionsprinzip und kausales	
		2. Tatbestände	•
		a) Kollusion und Annahme eine	
		b) Positive Kenntnis und Evider	~ ~ ~
		3. Beweislast	
		4. Rechtsfolgen	
		5. Zweck der Regelungen	
		6. Handels- und Gesellschaftsrecht.	
		7. Zwischenergebnis	
	IV.	Interessenkonflikt durch Mehrvertret	
	_ ,,	1. Deutschland	
		2. England	
		3. Zwischenergebnis	
		•	
D.	Ges	samtergebnis	
	I.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede.	
	II.	Ein europäisches Regelungsmodell	
	III.	Vergleich mit PECL, PICC und Avan	
т •.		•.1	27
Lit	eratu	rverzeichnis	

Inhaltsverzeichnis

XIII

Abkürzungsverzeichnis

a.A. anderer Ansicht a.a.O. am angegebenen Ort

a.E. am Ende a.F. alte Fassung

ABGB Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl. EG Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

ABI. EG Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Abs. Absatz

AC Law Reports, Appeal Cases, House of Lords and Privy Council

AcP Archiv für die civilistische Praxis

AG (Die) Aktiengesellschaft
A-G Attorney-General
AktG Aktiengesetz

All ER All England Law Reports

Alt. Alternative

AmJCompL American Journal of Comparative Law

Anh. Anhang Anmerkung

App Cas Law Reports, Appeal Cases

Art(t). Artikel Aufl. Auflage

BayObLGZ Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts

in Zivilsachen

BayOLG Bayerisches Oberstes Landesgericht

BB Der Betriebs-Berater

BCLC Butterworths Company Law Cases

Bd. Band

Beav. Beavan's Rolls Court Reports
BerBG Berufsbildungsgesetz
BGB Bürgerliches Gesetzbuch

BGBl. Bundesgesetzblatt

BGE Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts

BGH Bundesgerichtshof

BGHSt Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen

BLR Business Law Review
BRAO Bundesrechtsanwaltsordnung
BT/BR-Drucks. Bundestags-/Bundesratsdrucksache

Bull. civ. Bulletin des arrêts des Chambres civiles de la Cour de cassation

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BW Burgerlijk Wetboek bzw. beziehungsweise

Cass. civ. Cour de cassation

Cass. req. Cour de cassation, Chambre des requêtes
Ch Law Reports, Chancery Division (seit 1891)

Ch App Court of Appeal in Chancery Law Reports, Chancery Appeals

Ch D Law Reports, Chancery Division

CIChief Justice

CLJ Cambridge Law Journal CLR Commonwealth Law Reports

Co. Company Commission Comm.

d.h. das heißt

DΡ Dalloz périodique

DB Der Betrieb

De G De Gex's Bancruptcy Reports DJZ Deutsche Juristenzeitung DNotZ Deutsche Notar-Zeitschrift Doc./Dok. Document/Dokument DRiZ Deutsche Richterzeitung DStR Deutsches Steuerrecht

EG Europäische Gemeinschaft(en)

EGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

Εq Law Reports, Equity Cases

ER **English Reports** etc et cetera EvB1. Evidenzblatt

EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft **EWiR** Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht Ex Law Reports, Court of the Exchequer

f(f). folgende

FamRZ Zeitschrift für das gesamte Familienrecht

Fn. Fussnote

GenG Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossen-

schaften

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

H & C Hurlstone & Coltman's Exquecher Reports

h.L. herrschende Lehre h.M. herrschende Meinung

HansRGZ. Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift Hare Hare's Chancery Reports (1841-1853)

herausgegeben hg. Herausgeber Hg. HGB Handelsgesetzbuch

Historisch-kritischer Kommentar zum BGB HKK

HL House of Lords

Hs. Halbsatz

i.d.F. in der Fassung i.d.R. in der Regel i.H.v. in Höhe von i.S.d. im Sinne des

i.V.m. in Verbindung mit

ICCLJ International and Comparative Corporate Law Journal

Inc.Incorporatedinsbes.insbesondereInsOInsolvenzordnung

IPR Internationales Privatrecht

J Judge/Justice

JA Juristische Arbeitsblätter
JR Juristische Rundschau
Jura Juristische Ausbildung
JuS Juristische Schulung
JW Juristische Wochenschrift

JZ Juristenzeitung

Kap. Kapitel

KB Law Reports, King's Bench Division
KG Kammergericht/Kommanditgesellschaft

KO Konkursordnung
KOM Kommissionsdokument

LC Lord Chancellor
LG Landgericht
LJ Law Journal
LJ(J) Lord Justice(s)

LJQB Law Journal Reports, Queen's Bench New Series

Lloyd's Rep Lloyd's Law Reports

Lloyd's Rep Bank Lloyd's Law Reports Banking

LMK Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundes-

gerichtshofes

LPA Law of Property Act
LQR Law Quarterly Review
LR Law Review/Law Report(s)
LT Law Times Reports

Ltd. Limited

LZ Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht

M & G Moody & Robinson's Nisi Prius Reports

m.w.N. mit weiteren Nachweisen

Macq Macqueen's Scotch Appeal Cases
MDR Monatsschrift für deutsches Recht

Misc. Miscellaneous Mot. Motive

MR Master of the Rolls

n. note

n.F. neue Fassung

NJW Neue Juristische Wochenschrift

NJW-RR NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht

Nr./No. Nummer/Numero

NZ Österreichische Notariatszeitung

OGH Oberster Gerichtshof (Österreich)

OLG Oberlandesgericht

OLGE Entscheidungen der Oberlandesgerichte

OLGZ Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen

OR Obligationenrecht

P Law Reports, Probate, Divorce & Admiralty Division

(seit 1891)

PC Privy Council

PECL Principles of European Contract Law

PICC Principles of Intenational Commercial Contracts

plc. public limited company
Price Price's Exchequer Reports

Prot. Protokolle

QB Law Reports, Queen's Bench Reports

Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales

Privatrecht

reg. regulation RG Reichsgericht

RGZ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RIW Recht der internationalen Wirtschaft

Rn. Randnummer Rspr. Rechtsprechung

s. section/siehe

S. Seite

Scandinavian Stud. L. Scandinavian Studies in Law

Sch Schedule s.o. siehe oben s.u. siehe unten

Sel Cas Temp King Selected Cases Tempore King

SeuffArch Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte

in den deutschen Staaten

SI Statutory Instrument(s)

SJZ Süddeutsche Juristenzeitung/Schweizerische Juristenzeitung

sog. sogenannt ss. sections

StGB Strafgesetzbuch str. streitig subs. subsection

SZ Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes

in Zivilsachen

TLR Times Law Reports

u.a. unter anderem

Unif.L.Rev. Uniform Law Review

usw. und so weiter

XVIII

Abkürzungsverzeichnis

v. versus

VC Vice Chancellor VerglO Vergleichsordnung Ves Vesey Chancery Reports

vgl. vergleiche vol. volume

VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz

WarnR Warneyers Rechtsprechung
WEG Wohnungseigentumsgesetz
WLR Weekly Law Reports
WM Wertpapier-Mitteilungen

WuB Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht

z.B. zum Beispiel

ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZGB Zivilgesetzbuch

ZGR Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

ZHR Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ZPO Zivilprozessordnung

ZVG Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsver-

waltung

A. Einführung

I. Ziel der Untersuchung

Ein entwickeltes System der arbeitsteiligen Produktion und Verteilung wirtschaftlicher Güter und Dienstleistungen ist heutzutage nicht mehr ohne das Rechtsinstitut der Vertretung denkbar¹. In einer modernen Wirtschaftsgesellschaft kann der Einzelne nicht mehr alles in eigener Person regeln und ohne Unterstützung handeln. Trotz aller technischer Erleichterung durch neue Kommunikationsmittel vermag er auch nicht an jedem Ort präsent zu sein, insbesondere nicht im Rahmen einer europäisierten bzw. internationalisierten Wirtschaft. Daher bedient sich ein Geschäftsherr der Mithilfe eines Vertreters, um seinen Aktionsradius zu erweitern oder seine Fähigkeiten bzw. Sachkunde zu ergänzen und sich so die Teilnahme am geschäftlichen Verkehr zu erleichtern.

In einer typischen Vertretungssituation wird dieser Mittler mit der Erledigung einer einem außenstehenden Dritten gegenüber vorzunehmenden Angelegenheit betraut. Im Regelfall sind damit mindestens drei Personen involviert. Handelt der Mittelsmann bei Durchführung seiner Aufgabe noch für einen oder mehrere andere Vertretene, so erhöht sich die Anzahl entsprechend; ist der Vertreter zugleich Geschäftspartner seines Hintermanns, so sind nur zwei Personen an der Transaktion beteiligt. Dementsprechend ist der Vertreter oftmals mindestens zwei, einander widerstreitenden Interessen ausgesetzt: Einerseits ist er gehalten, das Interesse des Vertretenen zu wahren, das darin besteht, durch das Vertreterhandeln nur so berechtigt und verpflichtet zu werden, wie es seinem Willen entspricht. Im Rahmen seiner Tätigkeit steht der Vertreter andererseits in Verbindung mit dem Geschäftspartner, der ein Interesse daran hat, zu wissen, ob die Transaktion wirksam zustande gekommen ist bzw. wer ihm gegenüber berechtigt und verpflichtet ist. Er muss darauf vertrauen können, dass der Umfang der Rechtsmacht, mit der der Vertreter ihm entgegentritt, von den internen Befugnissen und Weisungen auch gedeckt ist. Und schließlich wird der Vertreter häufig versucht sein, auf Kosten des Vertretenen seine eigenen Interessen wahrzunehmen, wobei es ihm - wie in der Regel auch einem sonstigen Geschäftspartner - auf den Bestand des von ihm zu-

¹ Zweigert/Kötz, S. 428; Zimmermann, The Law of Obligations, S. 48: "To us, today, agency appears to be an essential device in any developed and sophisticated economy which avails itself of the advantages of a division of labour for the production and distribution process." Siehe auch Hopt, ZGR 2004, 2 ff. – Näher zur "Vertretung als Gegenstand menschlichen Verhaltens" Müller-Freienfels, Die Vertretung, S. 53 ff.

standegebrachten Geschäfts ankommen wird. Dem in der Arbeitsteilung liegenden Gewinn des Rechtsinstituts "Vertretung" steht damit ein erheblicher Nachteil gegenüber: Es besteht die Gefahr, dass der Vertreter anstelle der Interessen des Geschäftsherrn die eigenen, die eines anderen Vertretenen oder eines Drittkontrahenten wahrnimmt, sich mit anderen Worten bei Abschluss des Vertretergeschäfts in einen Interessenwiderstreit verstrickt².

Die rechtliche Behandlung eines solchen Interessenkonflikts ist wegen der ansteigenden Komplexität der modernen Dienstleistungsgesellschaft ein ebenso aktueller wie grundlegender Fragenkreis³. Tatsächlich haben die wohl meisten nationalen Rechtsordnungen Regeln zur Behandlung von interessenwidrig abgeschlossenen Geschäften entwickelt, die unter anderem auch zur Ungültigkeit des Vertreterabschlusses führen können⁴. Das deutsche und das englische Vertretungsrecht bilden insofern keine Ausnahme. Auch für ein europäisches Regelungsmodell stellt sich die Aufgabe, die Interessen der an dem Gesamtkomplex "Vertretung" beteiligten Personen gegeneinander abzuwägen, soweit als möglich zum Ausgleich zu

² Vgl. Müller-Freienfels, Die Vertretung, S. 53 f.: "Der Bevollmächtigte hat bei der normalen fremdnützigen Vertretung kein eigenes Interesse am Geschäftsabschluss. Er soll es gar nicht haben. Gegen das, was den Geschäftsherrn am meisten interessiert, Fehlbeurteilung der wirtschaftlichen Einzelheiten durch den Vertreter, gewähren weder Rechtsgeschäft noch Gesetz einen Schutz. Das Gesetz kann lediglich der Gefahr einer zu starken Beteiligung des Eigennutzes beim Vertreter vorbeugen. So tritt es namentlich dem Selbstkontrahieren (§ 181 BGB) entgegen ... Vom Dritten aus gesehen fällt schließlich ins Gewicht, dass bei einem Eigengeschäft weit stärker als bei einem Vertretergeschäft die Gewähr dafür besteht, dass der Abschluss wirklich dem Willen der Geschäftspartei entspricht. Ist doch mit der Einschaltung des Vertreters immer die Gefahr einer Überschreitung oder eines Missbrauchs der Vertretungsmacht verbunden." Siehe auch Schott, S. 43 ff. und Hopt, ZGR 2004, 51: "Interessenwahrung ist der modernen Dienstleistungsgesellschaft systemimmanent. Sie bringt unvermeidlich Interessenkonflikte mit Eigeninteressen und Drittinteressen mit sich."

³ Hopt, ZGR 2004, 2; McCormack, (1999) 1 ICCLJ 5; nur in Bezug auf die durch Insichgeschäfte hervorgerufenen Interssenkonflikte Knöchlein, S. 1: "Insichgeschäfte gewinnen im modernen Rechts- und Wirtschaftsverkehr an Bedeutung und nehmen an Häufigkeit zu. Dies gilt für das unmittelbare rechtsgeschäftliche Handeln eines Vertreters im Namen des Vollmachtgebers mit sich selbst, also das Selbstkontrahieren, aber auch für die weitere Form des Handelns in Doppel- oder Mehrvertretung. Ursachen sind die sich komplizierenden Rechtsvorgänge im Gesellschaftsrecht ... Zudem dürfen die vielfältigen Verbindungen in den Unternehmensbereichen nicht übersehen werden. Auch Rationalisierungsbestrebungen mit dem Ziel von Kosteneinsparung greifen in den Rechtsverkehr ein."

⁴ Kötz, S. 346 meint sogar: "Alle Rechtsordnungen haben deshalb Regeln entwickelt, nach denen solche Geschäfte ungültig sind." Vgl. auch *U. Hübner*, S. 40, der seinen "rechtsvergleichenden Überblick" folgendermaßen begründet: "Der Interessenkonflikt zwischen Vertreter und Vertretenem ist ein allenthalben erörtertes, dem faktischen Problemkreis nach gleichgelagertes Thema."

bringen oder einem den Vorrang einzuräumen⁵. Neben etwaigen Ansprüchen eines übervorteilten Geschäftsherrn auf Schadenersatz, Gewinnabschöpfung, der Möglichkeit der Kündigung des eigen- oder drittnützig handelnden Vertreters etc. geht es dabei in erster Linie um die Frage, unter welchen Umständen das von dem Mittler unter Einfluss eines Interessenkonflikts abgeschlossene sog. "Vertretergeschäft" ohne Rechtswirkung bleiben soll.

Trotz seines ganz verschiedenen Lösungsansatzes⁶ liegt das englische agency-Recht im Allgemeinen in seinen praktischen Ergebnissen nicht unüberbrückbar weit von denen des deutschen Stellvertretungsrechts entfernt⁷. "[T]he similarity in results is great enough to make the studies practically important, while the difference in method is sufficient to shed new light on old problems."⁸ Es drängt sich die Frage auf, ob diese Aussage auch in Bezug auf die Behandlung eines zwischen Vertreter und Vertretenem bestehenden Interessenkonflikts gilt. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es daher, aus einem Vergleich des deutschen und englischen Ver-

⁵ Vgl. wiederum nur in Bezug auf das Insichgeschäft Knöchlein, S. 47: "Wo ein Rechts- oder Wirtschaftssystem über seine nationalen Grenzen hinweg sich in europäische und weitergehende internationale Beziehungen stärker einreihen will, muss es bereit sein, solche Rechtsgrundsätze anzuerkennen, welchen im übernationalen Rechtsdenken allgemeine Anerkennung zukommt und die dem nationalen Rechtssystem nicht entgegenstehen, sondern in dieses vielmehr vertretbar eingeordnet werden können. Zu solchen Grundgeboten zählt das Gebot genereller Unzulässigkeit von Insichgeschäften in allen Bereichen der Vertretung mit der allein generell oder für den konkreten Einzelfall gestaltbaren Ausnahme der Gestattung."

⁶ Vgl. Müller-Freienfels, in: FS Hübner, S. 629: "In materiellrechtlicher Hinsicht stehen sich vor allem gegenüber die unterschiedlichen Lösungen des Vertretungsproblems, die einerseits die angloamerikanischen Rechte und andererseits die kontinentaleuropäischen Rechte unabhängig voneinander entwickelt haben. Beide Rechtsgebiete bieten heute durchaus selbständige und in sich geschlossene Vertretungsregelungen, wobei der Unterschied zwischen Richterrecht und Gesetzesrecht unvermeidbar auch besonders in diesem Bereich tiefe Spuren geprägt hat." Ähnlich auch schon Grönfors, (1962) VI Scandinavian Stud. L. 97. – Zur Entwicklung der nationalen Vertretungsregelungen vgl. Müller, Ulrich, Die Entwicklung der direkten Stellvertretung und des Vertrages zugunsten Dritter, Stuttgart u.a. 1969, 168 S.; Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 6 ff., 16 ff.

⁷ So in Bezug auf etliche, hier nicht weiter vertiefte Einzelfragen Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 17; vgl. auch Zweigert/Kötz, S. 437; a.A. offenbar Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 160: "Das englische Stellvertretungsrecht unterscheidet sich vom deutschen Recht und anderen kontinentaleuropäischen Rechten nicht nur in dogmatischen Fragen, sondern auch in seinen praktischen Auswirkungen."

⁸ Grönfors, (1962) VI Scandinavian Stud. L. 97 in Bezug auf das Verhältnis zwischen Vertretungs- und agency-Recht insgesamt. Ähnlich auch Müller-Freienfels, in: FS Hübner, S. 629: "Insofern ist gerade bei Untersuchungen im Vertretungsrecht ein Blick vom kontinental-europäischen Bereich zu den angloamerikanischen Rechten und umgekehrt besonders wichtig und notwendig."

tretungsrechts⁹ die dogmatischen Grundlagen einer den Bestand des Vertretergeschäfts betreffenden Interessenkonfliktregelung zu erarbeiten und daraus deren allgemeine Voraussetzungen und Rechtsfolgen im Hinblick auf die Bestimmung eines europäischen Regelungsmodells abzuleiten. Zugleich sollen bereits bestehende internationale Regelungen evaluiert werden.

II. Terminologische Klarstellungen

Die Terminologie zweier nationaler Rechte ist in aller Regel nicht kongruent. Bestimmte Bezeichnungen werden oftmals funktional anders verwandt als – möglicherweise sogar ähnlich klingende – Systembegriffe einer anderen Rechtsordnung. Hinzu kommt, dass im Folgenden auf Definitionen zurückgegriffen werden muss, die nicht einmal innerhalb der deutschen bzw. englischen Lehre und Rechtspraxis stets eindeutig und in demselben Sinn gebraucht werden. Daher sind vorab einige Klarstellungen zur nachfolgenden Verwendung der Terminologie veranlasst.

1. International inkongruente Terminologie

Von grundsätzlicher Bedeutung¹⁰ ist in diesem Zusammenhang, dass die Begriffe "Stellvertretung" und/oder "Auftrag" bzw. "Geschäftsbesorgung" einerseits und "agency" andererseits keinesfalls sprachliche Äquivalente darstellen¹¹, sondern im Sprachgebrauch der beiden Rechtsordnungen divergierende Bedeutungen haben, deren Unterschiede gar nicht genau in der jeweils anderen Sprache wiedergegeben werden können¹². Anders als die

⁹ Schon Leser, ZHR 126 (1964), 128 stellte fest, dass das Vertretungsrecht angesichts seiner Tendenz zu transnationalen Sachverhalten "sich geradezu als ein Lehrstück der Rechtsvergleichung anbietet". Insbesondere in Bezug auf den angloamerikanischen Rechtskreis weist Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 17 Fn. 4 im Anschluss an Grönfors, (1962) VI Scandinavian Stud. L. 97 darauf hin, welch fruchtbaren Boden das agency-Recht für eine rechtsvergleichende Betrachtung vom kontinentaleuropäischen Recht aus gebe. Vgl. auch Hanisch, S. 266 f.

¹⁰ Auch Rinck, S. 10 stellt dies gleich zu Beginn seiner Untersuchung klar. Vgl. auch Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 160.

¹¹ A.A. offenbar Langenbach, S. 11, der das deutsche Verständnis der "Geschäftsführung" (verstanden als Geschäftsbesorgung im weiteren Sinne) zur Erfassung der agency zugrunde legen will. Dagegen aber Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 143; Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 59h Fn. 4 schlägt "Geschäftsführung in Vertretung" vor. Siehe hierzu auch Bonell, S. 381; Hanke, S. 105; Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 160 f.

¹² Heister, S. 5; Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 59h f. (i.V.m. S. 169 ff. und auch S. 282): "Dazu kommen Ausdrücke wie 'actual' oder 'real' oder 'constructive' authority im Englischen, die überhaupt kein Gegenstück in kontinental-

deutsche Terminologie knüpft der Begriff der agency für die juristische Bewältigung des Handelns einer Person für eine andere "in gegenständlich-ganzheitlicher Betrachtungsweise an die Einheitlichkeit des Lebenssachverhalts zwischen dem agent und dem principal an, weithin frei von "kontinentalen" Unterscheidungen zwischen Entgeltlichkeit und Unentgeltlichkeit, Auftrag und unmittelbarer oder mittelbarer Stellvertretung, Innenund Außenverhältnis"¹³. Die agency dient so als Regelungsgrundform für alle Arten von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen (im Sinne der deutschen Qualifikationstermini)¹⁴, wobei alle erfassten Rechtsverhältnisse, wie z.B. das zwischen solicitor und client¹⁵ oder auch das zwischen employee und employer, durch Rechtsprechung und Gesetzesrecht jeweils näher ausgestaltet werden¹⁶.

Zwar ist einerseits die Definition der agency gegenüber derjenigen der Stellvertretung enger, weil sie grundsätzlich keine "gesetzliche Vertretung" umfasst¹⁷. Andererseits können im Gegensatz zum deutschen Recht jedoch neben Rechts- auch reine Tathandlungen den Inhalt einer agency ausma-

europäischen Sprachen haben, wie umgekehrt ... der deutsche "Vertreter kraft Amtes" wieder kein Äquivalent im Englischen besitz[t], ganz abgesehen von der vielseitigen Verwendung überhaupt des Wortes "vertreten" in der deutschen Rechtssprache." Siehe auch Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 142; Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 160.

¹³ Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 142; so auch Rusch, S. 66. Zum Ganzen siehe Zweigert/Kötz, S. 429 f.; Kötz, S. 332 f.; Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 161.

¹⁴ Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 143: "Diejenigen Rechtsinstitute, die in den kontinental-europäischen Rechtsordnungen das Handeln im Drittinteresse zum Gegenstand haben, finden ihre funktionale Entsprechung ganz überwiegend in der nur unscharf konturierten Common Law-Figur der agency ... In diesem für den weiten Bereich der Tätigkeiten im Drittinteresse einschlägigen Institut der agency geht auch das deutsche Auftrags- und Geschäftsbesorgungsrecht auf."

¹⁵ Vgl. Bowstead/*Reynolds*, 11-001: ,.... the breadth of the common law of agency itself, which does not in general utilise categories, and applies to many types of representative, some of which (e.g. solicitors) would not be regarded in other countries as within the law of agency at all."

¹⁶ English Private Law/Reynolds, 9.24 (Lack of significance of types of agents): "Since the law of agency does not rely on analysis by means of named types of intermediary function, there is in common law no difference of principle between one sort of agent and another, for example between a real estate agent and a shipbroker, though of course they may act in different ways legally." Eine beispielhafte Aufzählung verschiedener agent-Typen findet sich bei Chitty/Reynolds, vol. II, 31-012 ff. und Beatson, S. 672 ff.

¹⁷ Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 59h Fn. 3; Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 146 ("auf Vertrag oder Realakt gegründet"); Bowstead/Reynolds, 1-011. Zu den wenigen, verstreuten Ausnahmen s.u. C. I. 1, a).

chen¹⁸. Noch bedeutsamer ist aber, dass bei der Betrauung eines agent mit der Vornahme von Rechtsgeschäften die Wirkungen seines Handelns unabhängig von der Offenlegung seiner Stellung als Mittler unmittelbar beim principal eintreten. Zu unterscheiden ist diese undisclosed agency, in der eine unmittelbare Zurechnung des Vertreterhandelns zum Vertretenen stattfindet¹⁹, von der indirect representation, also der mittelbaren "Vertretung" im Sinne der deutschen Terminologie. Jedoch ist auch die Tätigkeit eines commission agent²⁰, der Ware im eigenen Namen und für fremde Rechnung ankauft, vom Begriff der agency erfasst. Insofern ist deren Defintion also auch erheblich weiter als diejenige der Stellvertretung.

Die Rechtsfigur der agency enthält zum einen Elemente der Übertragung von Vertretungsmacht (grant of authority)²¹, zum anderen aber auch solche des Grundgeschäfts als des rechts- und pflichtenbegründenden Schuldverhältnisses zwischen principal und agent: "[The Common law] fails to make the proper distinction between the internal relation between principal and agent and the external relation between the agent and third parties, but simply derives the one from the other. But ... at common law the authority of an agent stems not from any contract between principal and agent (for indeed there need not be one) but from the unilateral grant of authority. This may occur in pursuance of a contractual relationship; but the conferring of authority is a separate event which may occur also in other circumstances ... The contrast may therefore lie rather in the nature and extent of the conclusions drawn from the initial reasoning than in the

¹⁸ Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 146. Deswegen kann auch die Vermittlungs- und Beratungstätigkeit eines Maklers (canvassing agent) Gegenstand einer agency sein, vgl. Rusch, S. 66; Bowstead/Reynolds, 1-019 ("incomplete agency"). Vgl. auch Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 160 f. Näher dazu s.u. C. I. 2. b).

¹⁹ Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 145; instruktiv Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 164 f.; Bowstead/Reynolds, 1-008, 1-020 f.; Zweigert/Kötz, S. 429 f., 433 f.: "Schließt ein agent für Rechnung seines Prinzipals im Rahmen seiner "authority" einen Vertrag mit einem Dritten, so wird aus diesem Vertrag der Prinzipal grundsätzlich auch dann berechtigt und verpflichtet, wenn der agent bei Vertragsabschluss die Existenz eines Prinzipals verschwiegen und den Eindruck erweckt hat, dass nur er selbst Partei des Vertrages werden wolle." Zur "Anomalie" der verdeckten Stellvertretung (undisclosed agency) des englischen Rechts" siehe Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 131 ff., 227 ff. und Heister, Peter, Die Undisclosed Agency des Anglo-Amerikanischen Rechtes. Aspekte zur sogenannten mittelbaren Stellvertretung des Deutschen Rechtes unter besonderer Berücksichtigung des obligatorischen Geschäfts für den, den es angeht, Bonn 1980, 306 S.

²⁰ Zur indirect representation und zum commission agent siehe Bowstead/Reynolds, 1-020 f. und unten C. I. 1. d).

²¹ Näher hierzu Bowstead/Reynolds, 1-012; Triebel/Hodgson/Kellenter/Müller, S. 161.

reasoning itself."²² Das englische Recht kennt also zwar grundsätzlich einen Unterschied zwischen Vertretungsmacht und Grundverhältnis im Sinne eines Trennungsprinzips²³. Die prinzipielle Erkenntnis der Trennung zwischen Innen- und Außenverhältnis erlangt jedoch in England nirgends "systemprägende Bedeutung"²⁴ nach Art des deutschen Abstraktionsprinzips²⁵. Auch das kausale System des englischen Rechts sieht zwar ein Geschäft als ungültig an, mit dem sich der agent über das hinwegsetzt, was ihm aus dem Innenverhältnis zum principal erlaubt ist. Die Ungültigkeit wird aber nicht aus dem Missbrauch einer an sich bestehenden Vertretungsmacht, sondern daraus hergeleitet, dass der agent zu einem solchen Geschäft von vornherein nicht beauftragt – und damit auch nicht bevollmächtigt – war²⁶. Für interessenwidriges Handeln hat er keine (actual) authority.

²² Bowstead/Reynolds, 1-025. – So auch Bonell, S. 384; vgl. auch Zweigert/Kötz, S. 432: "Auch im Common Law weiß man sehr wohl, dass die agency ein Janusgesicht besitzt, weil sie sowohl unter dem Gesichtspunkt eines vertraglichen Schuldverhältnisses ... wie auch unter dem Gesichtspunkt einer Übertragung von Vertretungsmacht ('authority') betrachtet werden kann." Ausführlich hierzu Müller-Freienfels, Stellvertretungsregelungen, S. 247 ff.

²³ Staudinger/Martinek, § 675 BGB Rn. A 145 spricht allerdings von einer "rein akademischen Trennung von Innen- und Außenverhältnis": "Eine Trennung zwischen Innen- und Außenverhältnis ist bei der agency schwer zu vollziehen, jedenfalls aber unergiebig."

²⁴ Zweigert/Kötz, S. 432: ,.... dies wohl auch deshalb nicht, weil das agency-Recht in England nicht kodifiziert ist und daher jene begriffliche Klarheit nicht hergestellt zu werden brauchte, derer gute Gesetzgebung bedarf." – Vgl. auch Bonell, S. 384: "Where civil law and common law really diverge is with respect to the so-called abstract nature of the authority (,Abstraktion der Vollmacht'), i.e. the impossibility of the principal to invoke against third parties the limitations of the agent's authority as established in the internal relationship."

²⁵ Siehe hierzu auch *Rinck*, S. 10: "Es ist allgemein bekannt, dass im englischen Recht Innen- und Außenverhältnis, Auftrag und Vollmacht nicht unterschieden werden, sondern unter dem Begriff 'agency' zusammengefasst sind. Trotzdem kann man leicht dem 'Außenverhältnis' im deutschen Sinne die englische Lösung der Frage gegenüberstellen, indem man auf die Entscheidungen unmittelbar zurückgreift. Je nachdem wer klagte, wird die englische Entscheidung entweder das Außen- oder das Innenverhältnis behandeln." – Grund für die Nicht-Anerkennung eines vertretungsrechtlichen Abstraktionsprinzips mag die Befürchtung eines zu Lasten des *principal* gehenden, übersteigerten Verkehrsschutzes sein, vgl. nur Bowstead/*Reynolds*, 1-025: "The 'external approach' certainly protects innocent third parties. But the protection can perhaps be excessive: for it can (unless other, corrective doctrines can be invoked) lead to the conclusion that third parties are entitled to rely on the appearance of agency even though they have reason to know that the agent was not in fact authorised." Vgl. auch *Müller-Freienfels*, Stellvertretungsregelungen, S. 245 ff.; *Kötz*, S. 344 f.

²⁶ Vgl. Kötz, S. 346 (zum französischen und portugiesischen Recht). – Zur gesellschaftsrechtlichen Parallele der *ultra vires doctrine* vgl. *Graf von Bernstorff*, S. 68 ff.

Zusammenfassend kann daher festgehalten werden, dass die agency universelle Anwendung findet auf all diejenigen Personen, die Rechtsmacht im Fremdinteresse ausüben:

"Agency is the fiduciary relationship which exists between two persons, one of whom expressly or impliedly consents that the other should act on his behalf so as to affect his relations with third parties, and the other of whom similarly consents so to act or so acts."²⁷

Dabei ist die im Mittelpunkt der agency stehende Treuepflicht (fiduciary duty) eine zentrale Parallele zum deutschen Recht²⁸. Denn daraus ergeben sich für den agent z.B. eine Rechnungslegungspflicht, vergleichbar der nach § 666 BGB und eine dem deutschen § 670 BGB entsprechende Pflicht zur Herausgabe des aus der agency Erlangten²⁹. Aus der Treubindung des agent im Innenverhältnis hat das englische Recht schließlich auch die Behandlung eines Interessenkonflikts zwischen principal und agent entwickelt.

2. Definitionen nationaler Begriffe

a) Deutschland

Unter "Insichgeschäft" ist ein Rechtsgeschäft zu verstehen, das ein unmittelbarer Stellvertreter eines Geschäftsherrn entweder mit sich selbst als eigener Person oder mit sich selbst als Vertreter eines Dritten vornimmt, indem er entweder Verträge schließt oder einseitige empfangsbedürftige Willenserklärungen abgibt oder empfängt. Demzufolge ist ein Insichgeschäft grundsätzlich auf zwei Arten möglich: Schließt der Vertreter das Geschäft namens des Geschäftsherrn mit sich selbst als Gegenpartei ab, spricht man von "Selbstkontrahieren" oder einem "Selbstabschluß". Schließt er dagegen als Vertreter zweier Geschäftsherrn im Namen dieser beiden ab, handelt es sich um "Doppelvertretung", bei Beteiligung von mehr als zwei Geschäftsherrn um "Mehrvertretung", die in ihrer Problematik grundsätzlich der erstgenannten entspricht. Im Bereich der mittelbaren "Vertretung" spricht man dagegen von einem "Selbsteintritt", wenn der Mittler, der ein Geschäft nur für Rechnung, aber nicht im Namen des Geschäftsherrn abschließen soll, selbst als Partei dieses Geschäfts handelt³⁰.

²⁷ Bowstead/*Reynolds*, 1-001. Und weiter: "The one on whose behalf the act or acts are to be done is called the principal. The one who is to act is called the agent. Any person other than the principal and the agent may be referred to as a third party."

²⁸ Vgl. Staudinger/*Martinek*, § 675 Rn. A 146 (in Bezug auf alle kontinentalen Rechtsordnungen); zur auftrags- bzw. geschäftsbesorgungsrechtlichen Treuepflicht im deutschen Recht siehe *Rusch*, S. 169 ff.

²⁹ Zu letzterem siehe Rusch, S. 65 ff.

³⁰ Vgl. Schott, S. 52: "So ist unter Selbsteintritt die dem Kommissionär in Art. 436 OR ausdrücklich konzedierte Befugnis zu verstehen, als indirekter Stellvertreter ein

Ausgehend von der Art der Beteiligung der Parteien und der unterschiedlichen Intensität der Beeinträchtigung ihrer Interessen lassen sich drei Problemkreise des Insichgeschäfts unterscheiden³¹: "Formelle Insichgeschäfte", auch "Insichgeschäfte im technischen Sinn" genannt, sind Geschäfte, die ein Vertreter unmittelbar mit sich vornimmt³², sei es im Wege des Selbstkontrahierens oder durch Mehrvertretung. Voraussetzung ist also, dass ein unmittelbarer Vertreter ein Geschäft in Personalunion abschließt. Das Merkmal der Personenidentität ist konstitutiv. Deshalb sind die Voraussetzungen eines formellen Insichgeschäfts nicht erfüllt, wenn jemand auf derselben Seite des Rechtsgeschäfts gegenüber einem Dritten als Vertreter eines Geschäftsherrn und daneben für sich selbst auftritt oder zugleich mehrere, auf derselben Seite stehende Personen vertritt³³.

Der zweite Komplex betrifft "materielle Insichgeschäfte", die zwar formell nicht zwischen Vertreter und dem bzw. den Geschäftsherrn abgeschlossen werden, aber Rechtswirkungen ausschließlich oder im Wesentlichen nur zwischen diesen Personen entstehen lassen, ohne dass ein pro forma eingeschalteter Dritter am Geschäft selbst ein materielles Interesse hätte³⁴. Innerhalb dieser Kategorie unterscheidet man im deutschen Recht nach Geschäften, bei denen der Vertreter mit einem für ihn handelnden Vertreter (sog. "Eigenvertreter") oder einem für den Geschäftsherrn handelnden Untervertreter³⁵ abschließt³⁶. Hierzu zählen weiter Fälle, in denen

Rechtsverhältnis anstatt mit einem Dritten gleich mit sich selbst zu begründen." Nach Rusch, S. 179 liegt ein Selbsteintritt vor, wenn eine Einkaufskommission durch Lieferung eigener Güter oder eine Verkaufskommission durch persönliche Übernahme des Verkaufsgutes ausgeführt wird.

³¹ Siehe hierzu U. Hübner, S. 67 ff.

³² U. Hübner, S. 67, 71 ff. Schott; S. 76 spricht von "Geschäfte[n], die der Vertreter für beide Seiten gleichzeitig vornimmt" und auf S. 77 Fn. 478 von "direkte[n]" Insichgeschäften.

³³ Siehe Soergel/Leptien, § 181 BGB Rn. 2, 12; Staudinger/Schilken, § 181 BGB Rn. 1, 8; beide mit Verweis auf RGZ 127, 103, 105 bzw. BGHZ 50, 8, 10. — Bei Handeln des Vertreters lediglich auf einer Seite des Rechtsgeschäfts verlaufen die Interessen der beteiligten Geschäftsherrn aber keinesfalls immer parallel, s.u. C. II. 1. a) aa) (insbesondere Teil C. Fn. 183.

³⁴ U. Hübner, S. 68; 175 ff. spricht von "mittelbaren" bzw. "materiell-unmittelbaren Insichgeschäften". Schott, S. 76 ff. nennt sie "indirekte Insichgeschäfte". Gemeinsam sei allen diesen Fällen, dass das Geschäft Rechtswirkungen zwischen denselben Personen wie beim Insichgeschäft entfaltet und in diesem Sinne keine Außenwirkung zeitige.

³⁵ Zur Terminologie siehe z.B. Münchener Kommentar/Schramm, § 167 BGB Rn. 93 f., Bamberger/Roth/Habermeier, § 167 BGB Rn. 26: "[Dem Untervertreter] wird vom (Haupt-) Vertreter im Namen des Geschäftsherrn Vertretungsmacht unmittelbar für den Geschäftsherrn erteilt. Die so erteilte Vollmacht wird als Untervollmacht bezeichnet. Der Unterbevollmächtigte kann somit seinerseits Rechtswirkungen für und gegen den Vertretenen herbeiführen. Er ist Vertreter des Geschäftsherrn und nicht des Vertreters." – Zu dem damit zusammenhängenden Meinungsstreit s.u. C. II. 2. a) aa).

das Geschäft materielle Rechtswirkungen zwischen denselben Personen wie beim formellen Insichgeschäft entfaltet, sich der Vertreter aber eines Strohmanns bedient. Allen diesen Konstellationen ist gemeinsam, dass sie keine Außenwirkung zeitigen, also die materiellen Interessen eines außenstehenden Dritten nicht berühren. Aber auch bei Geschäften, die der Vertreter namens des Geschäftsherrn mit oder gegenüber Dritten vornimmt und die keine materiellen Rechtswirkungen zwischen Vertreter und Geschäftsherrn entfalten (sog. "Außengeschäfte"), liegt der Gedanke an einen Insichabschluss nicht fern, wenn durch sie der Vertreter persönlich begünstigt und der Geschäftsherr benachteiligt wird³⁷.

b) England

Der englische Terminus "self-dealing" bzw. "self-contracting" entspricht nicht exakt dem "Selbstkontrahieren" und schon gar nicht dem (äquivalentlosen) Oberbegriff "Insichgeschäft" der deutschen Terminologie³8. Eine solche Situation, bei der die Gefahr eines Konflikts zwischen Treuepflicht und Eigeninteresse (conflict of duty and interest) besteht, liegt vielmehr vor, "when an agent deals with his principal through the medium of his own agency"³9. Diese Definition schließt bestimmte Fälle des materiellen Selbstkontrahierens nicht von vornherein aus⁴0. Anders als das self-dealing kann "multiple agency" zu einem Konflikt zwischen den Treueverpflich-

³⁶ U. Hübner, S. 68, 175 ff. Schott, S. 76 definiert sie als "Geschäfte, bei denen der Vertreter zum Abschluss des Geschäfts einen anderen Vertreter dazwischengeschaltet hat". – In diese Kategorie gehört dogmatisch auch der Fall, in dem der Vertreter mit einem Gesamtvertreter, der von ihm selbst zur Alleinvertretung ermächtigt wurde, abschließt. Hierzu siehe Fn. 183, 592.

³⁷ U. Hübner, S. 68 f.; 195 ff.; Schott, S. 86 ff. (wo von "Eigengeschäften" die Rede ist).

³⁸ Vgl. Zweigert/Kötz, S. 33 f. zur "negativen Seite des methodischen Grundprinzips der gesamten Rechtsvergleichung, der Funktionalität": "Die Ausgangsfrage jeder rechtsvergleichenden Arbeit muss deshalb rein funktional das zu untersuchende Problem frei von den Systembegriffen der eigenen Rechtsordnung formuliert werden ... Namentlich wir deutschen Juristen sind ja in besonderem Maße der Gefahr ausgesetzt, in den Begriffen unserer eigenen Dogmatik verhaftet zu bleiben: In unserem hochgezüchtetsystematischen Begriffsdenken sind wir leicht geneigt, unsere Systematik und unsere Denkmethoden für geradezu naturrechtlich vorgegeben zu halten ... Die "negative' Seite des Funktionalitätsprinzips besagt also, dass man sich in der Rechtsvergleichung von seinen eigenen juristisch-dogmatischen Vorurteilen radikal befreien muss."

³⁹ Nolan, S. 89 f.; vgl. Bowstead/Reynolds, 6-063: "Where an agent enters into any contract or transaction with his principal, or with his principal's representative in interest ...". Siehe auch a.a.O., 2-014 (One party to a transaction as agent of the other): "[O]ne party is not in principle incompetent to act as agent for the other party to a transaction." Ferner siehe Law Commission, Fiduciary Duties and Regulatory Rules (Law Commission Consultation Paper No. 124), 3.4.33.

⁴⁰ Siehe insbesondere C. II, 2, a) aa).

Sachverzeichnis

Abstraktionsprinzip, -grundsatz 7, 20, 28 (Fn. 48), 64, 111 (Fn. 212), 112, 118,	Arglist 27, 213, 216, 218, 228 f., 246 Auslegung, teleologische 186
135 (Fn. 336), 168, 210 ff., 218, 230,	Außengeschäft 10, 105, 194, 198, 202,
241, 247, 264 f. account of profits 122 ff., 221 (Fn. 784),	203 ff. Außenverhältnis 5, 7, 14 (Fn. 53), 28,
246 (Fn. 910)	34, 38, 41, 51, 53 f., 58 (Fn. 190), 60 f.,
administrator 88	112, 117 (Fn. 255), 118 (Fn. 257),
Adressat 69 ff., 163 (Fn. 497)	177 (Fn. 569), 210 f, 222, 238,
affirmation 114 (Fn. 236), 120 f., 123	243 Fn. 399
agency	authority
-, commercial 75 ff., 104, 241 (Fn. 887)	-, actual 171 (Fn. 541), 206, 209, 211 ff.,
-, disclosed 83 ff., 171 (Fn. 541)	215 (Fn. 750), 227
-, dual 62, 110 (Fn. 205), 252 ff.	-, apparent 76, 112 (Fn. 217),
-, general 167	206 (Fn. 710), 207, 210, 212 ff.,
-, "incomplete" 6 (Fn. 18)	227, 244
-, indirect 83 (Fn. 75), 84 ff.	-, grant of 6
-, multiple 10, 34 f., 97, 110 (Fn. 205), 140 (Fn. 364), 252 ff., 262 ff.	-, implied 93 (Fn. 122), 112 (Fn. 221) Avant-projet 48 ff., 270 ff.
-, non-contractual 125	Avani-projet 48 n., 270 n.
-, undisclosed 6, 35, 83 ff., 104,	Barrister 92
199 (Fn. 680), 259	beneficiary 11, 88 ff., 101, 156, 159
agent	(Fn. 469), 162 (Fn. 488), 198, 234, 237
-, canvassing 6 (Fn. 18), 101 f.	Bestechungsgeld 213 ff., 221 ff., 233 ff.,
-, commercial 40 (Fn. 104), 75 ff.	246, 248
-, commission 6, 84, 252 (Fn. 942)	Betrachtungsweise
-, contractual 112	-, wirtschaftliche 115, 152 (Fn. 438),
-, introducing 101 (Fn. 168), 102	158, 179 ff., 221, 264
-, mercantile 76 f., 226 (Fn. 802), 241,	-, rechtliche 149 (Fn. 421)
242 (Fn. 896)	Beweislastlösung 188 f., 196 (Fn. 667),
Akademie europäischer Privatrechts-	198, 202, 208, 263 (Fn. 7)
wissenschaftler 48 ff.	Beweislastumkehr 202, 209 (Fn. 718)
Alleingesellschafter 24 (Fn. 22), 129,	Börsenpreis 20 f., 24, 83, 115 (Fn. 240),
142 ff., 172 Amtstheorie 87	160, 162, 174 breach
Analogie, beschränkte 188, 208,	-, fiduciary duty 94 (Fn. 128), 121,
186 (Fn. 616)	124 f., 223, 233 f.
Anfechtbarkeit 34, 51, 55, 126, 132, 138,	-, contract 124 f., 254
155, 217, 221, 223, 232, 236 f., 239,	bribe 176, 215 ff., 221 ff., 232 ff., 255
245, 247 (Fn. 913), 254, 257 f., 261,	broker 76 f., 163
271, 273	Bürgschaft 204, 252 (Fn. 938)
Angleichung 16, 36 f., 39 ff., 66	
Anwendung, analoge 13, 160 (Fn. 476),	civil law 53, 61 (Fn. 204), 65 (Fn. 223),
168, 187, 204, 261 (Fn. 2)	226, 67 (Fn. 236), 83 (Fn. 75)
Anwendungsbereich	co-agent 191
-, sachlicher 16, 95 ff.	commission, secret 221 ff., 255
-, persönlicher 16, 69 ff.	

common law 6, 53, 55 (Fn. 177), Extension, teleologische 186 (Fn. 616), 57 (Fn. 190), 61 (Fn. 204), 64 187 (Fn. 621) (Fn. 220), 65 (Fn. 223, 226), 67 (Fn. 236), 75 f., 83, 112 f., 121 f., 124, factor 76, 83 140, 205, 207, 215, 217, 221 (Fn. 781), Factors Act 76 ff., 241 f. 227, 232 ff., 246 f., 254 (Fn. 950) Fahrlässigkeit Companies Act 43, 80 f., 104, 144 f., -, einfache 62 (Fn. 211), 218, 271 ff. 242 ff. –, grobe 62 (Fn. 211), 118, 264 company director 78 ff., 144 (Fn. 391), fair-dealing 11 ff., 193 (Fn. 654) 145 (Fn. 394) fair-dealing rule 11 ff., 85, 162, 194, compensation, equitable 124 199 ff. conflict of duty and duty 11, Fairness 139, 159 ff., 194 (Fn. 660), 200, 110 (Fn. 205), 253 (Fn. 946), 254 ff., 262, 266 fiduciary relationship 8, 11, 34, 70, 79 ff., 99 (Fn. 155), 100, 125, 167, conflict of duty and interest 10, 221, 239, 262 176 (Fn. 566) constructive trust 125 (Fn. 294), 221 fiduciary duty, fiduciary obligation 8, 34, (Fn. 784), 233 94 (Fn. 128), 88 (Fn. 98), 103, 121, 124 f., 233, 253, damages 124 Fortwirkung 168 ff. Frankreich 25 ff., 39, 57, 163 (Fn. 493) delegatus non potest delegare 113, 189 Dienstleistung 98 ff. disclosure 61, 81 ff., 109, 110 (Fn. 205), Genehmigung 116 ff., 126, 137 ff., 157, 114, 119, 139 f., 142 (Fn. 374), 162, 180 (Fn. 586), 189, 204, 229 ff., 244 f., 250 ff., 261 (Fn. 2), 269 233 doctrine of laches 120 f., 141 (Fn. 368) Generalvollmacht 135, 167, 173 Doppelvertretung 8, 22 ff., 77 (Fn. 38), (Fn. 551), 184 249 ff., 257 (Fn. 969), 266 (Fn. 17), Gesamtbetrachtung 152 ff. Geschäfte, unbedenkliche 145 ff. Drittkontrahent 2, 13 f., 25, 35, 38 f., Geschäftsbesorgung 4 ff., 33, 70, 74 ff., 205 ff., 224 ff., 242 ff., 264 ff. 74 (Fn. 25), 111, 125 f. Geschäftsführer 44 (Fn. 123), 77 Eigenvertreter 9, 183 (Fn. 593), (Fn. 43), 78, 107 (Fn. 184), 142 ff., 187 (Fn. 621), 191 ff., 200 (Fn. 688, 163 (Fn. 490), 172, 182 (Fn. 592), 689), 202, 251 (Fn. 936) 185 (Fn. 611), 234 f. Ein-Mann-GmbH 142 ff. Gesellschaftsrecht 7 (Fn. 26), 14, 42, equity 34 f., 73, 75 f., 81, 89, 93 ff., 100, 77 (Fn. 40), 96 (Fn. 134), 104, 120 (Fn. 274), 122 (Fn. 283), 112 ff., 133, 154, 159, 217, 221, 227 ff., 246 ff. 172 (Fn. 545), 239 ff. Gestattung 24, 27, 70, 96 (Fn. 137), Erfüllung einer Verbindlichkeit 27, 95 (Fn. 132), 129 ff., 147 ff., 251, 263 98, 111, 134 ff., 161, 166, 171 ff., Erfüllungsgeschäft 22, 107 (Fn. 184), 251 (Fn. 932) 130 f., 149, 152, 163 Gewinnabschöpfung 3, 99, 122, 158 Ergänzungspfleger 148, 153, 180 (Fn. 464) Grundverhältnis 7, 20, 111, 118, 129, (Fn. 586) Ersatzbevollmächtigung 184, 191 135, 161, 170, 173, 183, 265, 272 f. Europäische Grundregeln 16 (Fn. 63), 17, 47, 52 (Fn. 167, 168), 53 ff., 60 f., 67, Handelsrecht 25, 74 ff., 104, 268 (Fn. 19), 270 ff. 219 (Fn. 768), 220 (Fn. 776), Evidenz 107 (Fn. 184), 205, 218 ff., 231, 227 (Fn. 807), 240 f., 271 235, 240, 247, 264 Handelsvertreter 40 ff., 74, executor 88, 91 99 (Fn. 153 f.), 111 (Fn. 210)

Handelsvertreterrichtlinie 40 ff., lack of authority reasoning 74 (Fn. 25), 75, 104 159 (Fn. 470), 176 (Fn. 565), Handlung, rechtsgeschäftsähnliche 211 ff., 227, 241 (Fn. 891), 95 ff., 105, 261, 271 243 f. (Fn. 899), 246, 254 (Fn. 954) Handlungsvollmacht 135, 240 Lando-Kommission 52, 59, 62 Harmonisierung Law of Property Act 89 -. Internationales Privatrecht 37 ff. law of trust 69 Law Society 94 f. -, materielles Recht 39 ff. Lovalitätspflicht 101 injunction 93 Innenverhältnis 41, 53 f., 57 f., 70, 86, Machtmissbrauch 21, 30, 33, 38 (Fn. 94), 99, 112, 126, 137 f., 193, 210 f., 45, 56, 77, 92, 211, 220 ff., 235 f., 247, 218 ff., 228 ff., 240 261, 266 Insichabschluss Makler 6 (Fn. 18), 99 (s. Insichgeschäft) Marktpreis Insichgeschäft (s. Börsenpreis) -, formelles 8 f. McGregor Contract Code 49 ff. -, materielles 9 f. Mehrvertretung 8 f., 17, 19, 25 f., 29, Insolvenzverwalter 88, 136 (Fn. 342) 32 ff., 44, 55, 62, 93, 107 (Fn. 184), 110 (Fn. 205), 132 (Fn. 320), Interessenkollision (s. Interessenkonflikt) 143 (Fn. 383), 249 ff., 261 ff., 270 ff. Interessenkonflikt Missbrauch der Vertretungsmacht Fehlen 128 ff. (s. Machtmissbrauch) model law 37,46 durch Mehrvertretung 249 ff. -, durch Selbstkontrahieren 105 ff. Möglichkeit, begriffliche 14 f., -, durch treuwidriges Vertreterhandeln 21 (Fn. 5), 26 (Fn. 32), 29 (Fn. 51) 210 ff. multiple agency 10, 34 f., 97, 110 (Fn. 205), 252 ff., 259, 262 f., 266 Interessenwiderstreit (s. Interessenkonflikt) interest, indirect 13, 193, 199 f., Niederlande 31 ff., 38 (Fn. 96), 39, 57 254 (Fn. 952) no conflict rule 108 ff., 125 f., 155, Internationales Institut für die Verein-158 f., 172 ff., 221 ff., 236 ff., 248, heitlichung des Privatrechts 55 ff. 259, 262 Internationales Privatrecht 37 ff. no profit rule 81, 156 ff., 223, 236 ff., 244 (Fn. 903) Interzession 203 ff. Italien 29 ff., 49 ff., 57 obedience 112 Kausalprinzip 28, 176 (Fn. 565), 215, Offenkundigkeitsprinzip, -grundsatz 184, 246 f. 259 Kenntnis, positive 218 ff., 225 ff. Organtheorie 77 Österreich 23 ff. knowing assistance 225 f., 233 f. knowing receipt 226 ownership knowledge, actual 225 f. -, equitable 88 (Fn. 98), 155 Kollusion 21 f., 45, 187, 213 ff., 256 legal 88 (Fn. 98), 155 Kommission Partei kraft Amtes 15, 87, 268 (Fn. 19) (s. Kommissionär) Kommission für Europäisches Vertragspartnership 81 recht 16 (Fn. 63), 52 ff. Pavia-Entwurf 49 ff.

performance 112

Kommissionär 20 f., 27, 31, 56, 83,

99 (Fn. 155), 160, 170 (Fn. 535)

Person Selbstabschluss -, juristische 77 ff., 198 ff. (s. Selbstkontrahieren) -, natürliche 195 ff. Selbsteintritt 8, 12 f., 20 f., 26 f., Personengesellschaft 81, 96 (Fn. 134), 27 (Fn. 38), 31, 33 f., 81 ff., 104, 104 156, 160, 170 (Fn. 535) Personenidentität Selbstkontrahieren -, formelle 9, 12, 51, 55, 85, 106, 125, -. formelles 106 ff., 204 -, "getarntes" 194 127 (Fn. 303), 128, 183, 185, 194, 202 ff., 249, 258, 262 ff. -, materielles 182 ff. -, materielle 199, 202, 208, 210 -, zulässiges 169 ff. Pfandrecht 150, 204 self-contracting Pflichtwidrigkeit 220, 236, 247 (s. self-dealing) self-dealing rule 13, 90 f., 109 ff., 127, power of attorney 209 privity of contract 84 ff., 190 f., 132 f., 138, 159, 162, 175, 188 ff., 209 (Fn. 719) 199 ff., 257, 262 Prokura 135, 183 (Fn. 598), self-dealing 10 ff., 34 f., 90 ff., 109 ff., 123, 125 ff., 132 f., 140 f., 144, 154 f., 228 (Fn. 812), 240, 271 (Fn. 26) Prokurist 74 f., 185 (Fn. 611), 240 159 (Fn. 468), 161 (Fn. 483), 162 ff., Provision 86, 213 ff., 223, 232 171 f., 201, 252 f., 259, 262 ff. Prozessvertreter 91 ff., 105 sequestrator 88 Publizitätsrichtlinie 42 ff., 241 ff. Sittenwidrigkeit 213 ff. solicitor 5, 13, 92 ff., 105, 128, 156 ff., Realakt 98 ff., 103 ff., 170, 261, 268, 271 169, 194, 254 (Fn. 951) reasonable man 181, 226 specific performance 120, 197, 232 Rechtsgeschäfte Standesrecht 92, 94 (Fn. 128), 105 -, erfasste 95 ff. Strohmann 10, 26, 34, 182, 194 ff., -, eigennützige 208 ff. 202 ff., 222 f., 263 -, rechtlich lediglich vorteilhafte 147 ff., sub-agency 189 sub-agent 188 ff. -, rechtlich neutrale 148 System, kausales 210 ff., 264 -, unbedenkliche 145 ff., 175, 263 Rechtsmissbrauch 21, 27, 229 Tathandlung 5, 95, 98 ff. Reduktion, teleologische 148 (Fn. 413), term 153, 188, 251, 263 -, express 112 Regelungsmodell, europäisches 2, 17, -, implied 112 Terminologie 268 ff. representation, indirect 6, 84, 86 -, international inkongruente 4 ff. rescission 119 ff., 217, 221 ff., -, nationale Begriffe 8 ff. 254 (Fn. 950), 255 Testamentsvollstrecker 86 ff., 129 Richtlinienrecht 44, 66 tort 125, 190 (Fn. 637), 234, 254 (Fn. 950) Schadensersatz 98 f., 121 ff., Trennungsprinzip 7, 20, 149, 153, 210 185 (Fn. 612), 272 f. Treubruchförderung 213 Schenkung 95 (Fn. 132), 129, 146 ff., Treuepflicht 100 ff., 117 ff., 167, 191, 179 221, 253, 272 Schmiergeld 99 (Fn. 151), 213 ff., 228, Treuhänder 15, 86 ff., 104, 261 Treuwidriges Vertreterhandeln 17, 35, Schmiergeldabrede, -vereinbarung 213 ff. 210 ff., 246, 248, 258, 262, 264, 266 f., Schuldübernahme 204, 208 (Fn. 715)

trustee 11, 15, 88 ff., 141 f., 154 ff., 165,

176 (Fn. 565), 193, 198, 245

Schutzzweck 116 (Fn. 245), 117, 263

Schweiz 21 ff., 48

Überblick, rechtsvergleichender 19 ff. ultra vires doctrine, ultra vires-Lehre 43, 241 ff.

undue influence 127, 154 (Fn. 445) UNIDROIT

- -, Grundregeln 16 (Fn. 64), 47 f., 53, 58 ff., 271
- -, Übereinkommen über die Vertretung beim internationalen Warenkauf 56 ff.

Untersuchung

- -, Gesamtergebnis 261 ff.
- -, Gang 16 ff.
- -, Inhaltliche Beschränkung 13 ff.
- --, Ziel 1 ff.

Untervertreter 9, 112, 136 (Fn. 343), 183 ff., 195, 201, 252 Untervollmacht 184 ff. Unwirksamkeit, schwebende 126, 137, 146, 163, 178 f., 192, 240, 269

Verkaufskonstellationen, bestimmte 163 ff.

Verkehrsschutz 7 (Fn. 25), 20 f., 44 (Fn. 124), 74, 107, 175 ff., 187, 263 ff.

Vertreter

- -, des Vertreters 184 f., 190, 201
- -, gesetzlicher 70 ff.
- -, handelsrechtlicher
- -, "mit gebundener Marschroute" 165 ff.
- -, "mittelbarer" 81 ff.
- -, organschaftlicher 77 ff.
- -, rechtsgeschäftlich bestellter 70 ff.
- -, unmittelbarer 7, 9, 20, 82, 160

Vertretungsmacht, Handeln ohne 22, 32, 81, 97, 116, 230

Verwalter fremder Vermögen 86 ff. void 97, 210, 216 voidable 119 ff., 217, 231, 254 ff.

Weiterleitung 183, 197, 202 f., 263 Willenserklärung 99, 146, 171, 213, 229

Zwangsverwalter 86, 88, 136 (Fn. 342)

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

Adam, Wolfgang: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. Band 13.

Ady, Johannes: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. Band 136.

Ahrendt, Achim: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. Band 48.

Amelung, Ulrich: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. Band 97.

Anderegg, Kirsten: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. Band 21.

Athanassopoulou, Victoria: Schiffsunternehmen und Schiffsüberlassungsverträge. 2005. Band 151.

Bälz. Moritz: Die Spaltung im japanischen Gesellschaftsrecht. 2005. Band 158.

Barrels, Hans-Joachim: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. Band 7.

Bartnik, Marcel: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. Band 128.

Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. Band 132.

Basedow, Jürgen (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. Band 16.

 -/Scherpe, Jens M. (Hrsg.): Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht. 2004. Band 134.

Baum, Harald: Alternativanknüpfungen. 1985. Band 14.

Behrens, Peter: siehe Hahn, H.

Beulker, Jette: Die Eingriffsnormenproblematik in internationalen Schiedsverfahren. 2005. Band 153.

Böhmer, Martin: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. Band 36.

Boelck, Stefanie: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. Band 41.

Brand, Oliver: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. Band 98.

Brockmeier, Dirk: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. Band 70.

Brückner, Bettina: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. Band 37.

Buchner, Benedikt: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. Band 60.

Büttner, Benjamin: Umfang und Grenzen der Dritthaftung von Experten. 2006. Bamd 169.

Busse, Daniel: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. Band 66.

Dawe, Christian: Der Sonderkonkurs des deutschen Internationalen Insolvenzrechts. 2005. Band 159.

Dernauer, Marc: Verbraucherschutz und Vertragsfreiheit im japanischen Recht. 2006. Band 164.

Dilger, Jörg: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. Band 116.

Döse-Digenopoulos, Annegret: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. Band 6.

Dohrn, Heike: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. Band 133.

Dopffel, Peter (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. Band 23.

(Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. Band 40.

 Ulrich Drobnig und Kurt Siehr (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. Band 2.

Dornblüth, Susanne: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. Band 107.

Drappatz, Thomas: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. Band 95.

Drobnig, Ulrich: siehe Dopffel, Peter.

Dutta, Anatol: Die Durchsetzung öffentlichrechtlicher Forderungen ausländischer Staaten durch deutsche Gerichte. 2006. Band 172.

Eichholz, Stephanie: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. Band 90.

Eisele, Ursula S.: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. Band 121.

Eisenhauer, Martin: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. Band 59.

Ernst, Ulrich: Mobiliarsicherheiten in Deutschland und Polen. 2005. Band 148.

Eschbach, Sigrid: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. Band 56.

Faust, Florian: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. Band 50.

Fenge, Anja: Selbstbestimmung im Alter. 2002. Band 88.

Festner, Stephan: Interessenkonflikte im deutschen und englischen Vertretungsrecht. 2006. Band 177.

Fetsch, Johannes: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. Band 91.

Fischer-Zernin, Cornelius: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. Band 15.

Förster, Christian: Die Dimension des Unternehmens. 2003. Band 101.

Forkert, Meinhard: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. Band 118.

Freitag, Robert: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. Band 83.

Fricke, Martin: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. Band 32.

Fricke, Verena: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. Band 110.

Fröschle, Tobias: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49.*

Fromholzer, Ferdinand: Consideration. 1997. Band 57.

Ganssauge, Niklas: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. Band 126.

Godl, Gabriele: Notarhaftung im Vergleich. Band 85.

Gottwald, Walther: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. Band 5.

Graf, Ulrike: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzentscheidungen. 2003.Band 113.

Grigera Naón, Horacio A.: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration, 1992. Band 28.

Grolimund, Pascal: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. Band 80.

Hahn, H. u.a.: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. Band 10.

- Handorn, Boris: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. Band 141.
- Hartenstein, Olaf: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. Band 81.
- Hein, Jan von: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. Band 69.
- Heiss, Helmut (Hrsg.): Zivilrechtsreform im Baltikum. 2006. Band 161.
- Hellmich, Stefanie: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. Band 84.
- Hellwege, Phillip: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. Band 130.
- Hinden, Michael von: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. Band 74.
- Hippel, Thomas von: Der Ombudsmann im Bank- und Versichungswesen. 2000. Band 78.
- Hirse, Thomas: Die Ausweichklausel im Internationalen Privatrecht. 2006. Band 175.
- Hoffmann, Nadja: Die Koordination des Vertrags- und Deliktsrechts in Europa. 2006. Band 168.
- Hotz, Sandra: Japanische, deutsche und schweizerische Irrtumsregelungen. 2006. Band 176.
- Hutner, Armin: Das internationale Privat- und Verfahrensrecht der Wirtschaftsmediation. 2005. Band 156.
- Hye-Knudsen, Rebekka: Marken-, Patent- und Urheberrechtsverletzungen im europäischen Internationalen Zivilprozessrecht. 2005. Band 149.
- Janssen, Helmut: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. Band 79.
- Jeremias, Christoph: Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. Band 150.
- Jung, Holger: Ägytisches internationales Vertragsrecht. 1999. Band 77.
- Junge, Ulf: Staatshaftung in Argentinien. 2002. Band 100.
- Kadner, Daniel: Das internationale Privatrecht von Ecuador, 1999, Band 76.
- Kannengieβer, Matthias N.: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. Band 63.
- Kapnopoulou, Elissavet N.: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. Band 53.
- Karl, Anna-Maria: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. Band 33. Karl, Matthias: siehe Veelken, Winfried.
- Kern, Christoph: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. Band 135.
- Kircher, Wolfgang: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. Band 65.
- Klauer, Stefan: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. Band 99.
- Kleinschmidt, Jens: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. Band 117.
- Kliesow, Olaf: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. Band 87.
- Köhler, Martin: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. Band 111.
- Koerner, Dörthe: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. Band 44.
- Kopp, Beate: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. Band 55.
- Kronke, Herbert: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht, 1980, Band 1.
- Landfermann, Hans-Georg: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. Band 18.

- Leicht, Steffen: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. Band 82.
- Linhart, Karin: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. Band 147.
- Linker, Anja Celina: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. Band 75.
- Lohmann, Arnd: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2005. Band 119.
- Lorenz, Verena: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. Band 140.
- Lüke, Stephan: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. Band 105.
- Magnus, Dorothea: Medizinische Forschung an Kindern. 2006. Band 170.
- Meier, Sonja: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. Band 68.
- Melin, Patrick: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. Band 137.
- Minuth, Klaus: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. Band 24.
- Mistelis, Loukas A.: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. Band 73.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. Band 67.
- Morawitz, Gabriele: Das internationale Wechselrecht. 1991. Band 27.
- Mülhens, Jörg: Der sogenannte Haftungsdurchgriff im deutschen und englischen Recht. 2006. Band 174.
- Müller, Achim: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. Band 125.
- Müller, Carsten: International zwingende Normen des deutschen Arbeitsrechts. 2005. Band 157.
- Nemec, Jirí: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. Band 54.
- Neumann, Nils: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. Band 142.
- Neunhoeffer, Friederike: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. Band 146.
- Niklas, Isabella Maria: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. Band 106.
- Nojack, Jana: Exklusivnormen im IPR, 2005. Band 152.
- Pattloch, Thomas: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. Band 103.
- Peinze, Alexander: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. Band 92.
- Pfeil-Kammerer, Christa: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. Band 17.
- Plett, K. und K.A. Ziegert (Hrsg.) Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. Band 11.
- Pißler, Knut B.: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. Band 127.
- Reichert-Facilides, Daniel: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. Band 46.
- Reiter, Christian: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. Band 89.
- Richter, Stefan: siehe Veelken, Winfried.
- Ringe, Georg: Die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft. 2006. Band 171
- Rohe, Mathias: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. Band 43.
- Rothoeft, Daniel D.: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. Band 122.
- Rühl, Giesela: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. Band 123.

- Rusch, Konrad: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. Band 109. Sachse, Kathrin: Der Verbrauchervertrag im Internationalen Privat- und Prozeßrecht. 2006. Band 166.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. Band 22.
- Sandrock, Andrea: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. Band 104.
- Schacherreiter, Judith: Das Franchise-Paradox. 2006. Band 167.
- Schärtl, Christoph: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. Band 145.
- Schepke, Jan: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. Band 62.
- Scherpe, Jens M.: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. Band 96.
- siehe Basedow, J.
- Schilf, Sven: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005, Band 138.
- Schimansky, Annika: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. Band 112.
- Schindler, Thomas: Rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit und Drohung. 2005. Band 139.
- Schlichte, Johannes: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. Band 144.
- Schmidt, Claudia: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. Band 31.
- Schmidt-Parzefall, Thomas: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. Band 47.
- Schnyder, Anton K.: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. Band 20.
- Scholz, Ingo: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. Band 61. Schütze, Elisabeth: Zession und Einheitsrecht. 2005. Band 155.
- Schurr, Francesco A.: Geschäftsimmanente Abstandnahme. 2006. Band 165.
- Seibt, Christoph H.: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. Band 42.
- Seif, Ulrike: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. Band 52. Selbig, Sabine: Förderung und Finanzkontrolle gemeinnütziger Organisationen in Großbritannien und Deutschland. 2006. Band 173.
- Sieghörtner, Robert: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. Band 93. Siehr, Kurt: siehe Dopffel, Peter.
- Söhngen, Martin: Das internationale Privatrecht von Peru. 2006. Band 162.
- Solomon, Dennis: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen, 2004. Band 124.
- Sonnentag, Michael: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. Band 86.
- Spahlinger, Andreas: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. Band 64.
- Stegmann, Oliver: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. Band 120.
- Stiller, Dietrich F.R.: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. Band 19.
- Takahashi, Eiji: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan Regelung nach deutschem Modell? 1994. Band 38.
- Tassikas, Apostolos: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. Band 114.
- Thiele, Christian: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. Band 115.
- Thoms, Cordula: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. Band 51.
- Tiedemann, Andrea: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. Band 34.

- Tiedemann, Stefan: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. Band 45.
- Trulsen, Marion: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. Band 129.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. Band 30.
- Verse, Dirk A.: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. Band 72.
 Waehler, Jan P. (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. Band 12.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. Band 4.
- Band 2. 1983. Band 9.
- Band 3, 1990, Band 25.
- Band 4, 1990, Band 26,
- Band 5, 1991. Band 28.
- Wang, Xiaoye: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. Band 35.
- Wazlawik, Thomas: Die Konzernhaftung der deutschen Muttergesellschaft für die Schulden ihrer US-amerikanischen Tochtergesellschaft. 2004. Band 131.
- Weishaupt, Axel: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. Band 3.
- Weller, Matthias: Ordre-public-Kontrolle internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im autonomen Zuständigkeitsrecht. 2005. Band 143.
- Wesch, Susanne: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. Band 39.
- Weyde, Daniel: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. Band 58.
- Wiese, Volker: Der Einfluß des Europäischen Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter. 2006. Band 160.
- Willemer, Charlotte: Vis attractiva concursus und die Europäische Insolvenzverordnung. 2006. Band 163.
- Witzleb, Normann: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. Band 94.
- Wu, Jiin Yu: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. Band 71.
- Wurmnest, Wolfgang: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. Band 102. –: siehe Basedow, J.
- Zeeck, Sebastian: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. Band 108.
- Ziegert, K.A.: siehe Plett, K.
- Zobel, Petra: Schiedsgerichtsbarkeit und Gemeinschaftsrecht. 2005. Band 154.